

Hart an der Grenze zur Volksverhetzung

Martin Link ist Mitarbeiter des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein mit Sitz in Kiel



Kommentar zur Integrationsdebatte

In Italien und Frankreich prägen rechtsfaschistische Parteien schon seit Jahren die Realpolitik. In Österreich, Polen, Russland und Dänemark sind Organisationen mit rassistischem Profil längst als feste Größe im politischen System etabliert. Das gilt inzwischen auch für die Niederlande und Schweden. In den USA erobert der Ku-Klux-Klan, als Tea-Party-Bewegung wiedergeboren, zahlreiche Kongresssitze. Im Einwanderungsland Deutschland sagen seit Monaten Nochsozialdemokrat Thilo Sarrazin mit antisemitisch-islamophoben Biologismen und der vermeintlich christsoziale Horst Seehofer mit seinem xenophoben Leitkulturalismus die den Stammtischen genügende einwanderungspolitische Richtung an.

Die Zeichen der Zeit hat auch die politische Klasse jenseits von Schwabing und Dahlem begriffen. Inzwischen parliert die Bundeskanzlerin wider besseres Wissen über das Ende der multikulturellen Gesellschaft und entwertet den Runden Tisch Integration zum Beschlussgremium über Sanktionsinstrumente. Siegmund Gabriel poltert telegen gegen den Popanz einer vermeintlich integrationsunwilligen MigrantInnenschaft. Abgeordnete wie Hans-Peter Uhl dürfen ungestraft und hart an der Grenze zur Volksverhetzung von der nachbarschaftlichen Unzumutbarkeit fremder Gerüche dahersalbadern. Die Bundesfamilienministerin gefällt sich dabei über angeblich weitverbreitete Deutschenfeindlichkeit bei jungen MigrantInnenschaft öffentlich nachzudenken. Allenthalben wird von Vertretern des politischen und sozialen Etablissements in Talk Shows und Kolumnen munter die Verbindlichkeit einer angeblich christlichen Nationalkultur behauptet. Gleichzeitig werden islamisch Gläubigen pauschal fehlende Rechtstreue und mindestens ein ungeklärtes Verhältnis zur Gewalt, zu Frauenrechten oder zur sexuellen Toleranz unterstellt. Hingegen bekommen nachdenkliche Demokraten aus

Universitäten, Religionsgemeinschaften, Verbänden, Menschenrechts- oder MigrantInnenorganisationen kaum Sendezeiten für ihre Überzeugung, dass jede Religionsausübung per Verfassung geschützt, ansonsten aber private Angelegenheit und die Kirche aus guten Gründen hierzulande keine von Staats wegen sei.

Da passt ins Bild, wenn ein Bundesinnenminister fabuliert, dass allenfalls ein Putsch und seine unrechtsstaatlichen Folgen eine Vollstreckung der asylfeindlichen Dublin-II-Verordnung aussetzen könnten. Dass die Menschenwürde in Griechenland und Italien für Schutzsuchende nichts gilt, ist dem Minister kein Hinderungsgrund für Rückschiebungen – auch nicht, dass EU-Zielländer die so Betroffenen regelmäßig in Folterstaaten oder trikontinentale Internierungslager durchreichen. „Anstatt Flüchtlinge zu schützen, schützt der Bundesinnenminister die Grenzen“, kritisiert PRO ASYL die ministerielle Ankündigung, anstatt mehr Flüchtlinge aufzunehmen, die Bundespolizei zur militärischen Flüchtlingsabwehr an die griechisch-türkische Grenze zu mobilisieren.

Dass in dieser Gesamtwetterlage Gesetzespakete wie der Teufel aus der Kiste springen, deren vorrangige Intention die nachhaltige Diskriminierung zu sein scheint, ist kaum überraschend. Von Selbstgerechtigkeit getrieben malen die Autoren eines aktuellen vom Bundeskabinett abgenickten Gesetzesentwurfs das Bild des MigrantInnenschaft an die Wand, der sich über Scheinehen den Aufenthalt erschleicht, regelmäßig seine Kinder zwangsverheiratet und ständig ihm angebotene Integrationskurse verweigert. Dass es gar nicht genug Kursangebote gibt, bleibt geflissentlich ausgeblendet.

Auch in Schleswig-Holstein weht ein kalter Wind durch die Zweibahnstrasse

Integration. Immerhin hat hier die Opposition die Brisanz verstanden und hebt mit dem Ziel verbesserter Flüchtlings- und Integrationspolitik einen Antrag nach dem anderen in die Landtagsbefassung. Doch ansonsten werden vollmundige koalitionsvertragliche Regierungsversprechen, z.B. die Versorgung von Kinderflüchtlings zu verbessern, gebrochen, die Nachhaltigkeit der Beratungsangebote durch fragwürdige Kontrollbürokratismen konterkariert und unter dem Deckmantel der Haushaltskonsolidierung und mittels restriktiver Administration der öffentlichen „Förderung“ nicht nur kleinen Trägern der Flüchtlingshilfe die Luft zum Atmen genommen.

Die Botschaften kommen im Volk gut an. Neueste Umfragen registrieren bundesweit verbreitete Vorbehalte gegenüber MigrantInnen und weiterer Einwanderung, sie eskalieren bei über 50% in rassistischen Vorbehalten insbesondere gegen muslimische Menschen mit Migrationshintergrund.

Die es besser wissen und nicht zuletzt die Betroffenen, stehen mit dem Rücken zur Wand. Stattdessen wieder mehr Rückenwind zu bekommen ist dabei auch unser erklärtes Ziel. Zu erreichen wäre das durch künftig noch größere Unterstützung. Alle, denen Vielfalt mehr gilt als Einfalt, sind aufgerufen das mit uns gemeinsam deutlich zu machen. Wer kann, regelmäßig durch aktives Engagement in lokalen Initiativen und Unterstützergruppen. Öffentlich z.B. durch Mit-Demonstration für das Bleiberecht von Flüchtlingen anlässlich der Innenministerkonferenz am 17. November in Hamburg. Oder nichtöffentlich, aber nicht weniger wirkungsvoll, als Mitglied im FÖRDERVEREIN Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.: www.frsh.de

